



Die RentnerInnen werden immer rüstiger – kann die Politik da mithalten?

BILD: DOC RABE MEDIA/STOCK.ADOBE.COM

Neue Struktur, aber noch keine Strategie

ALTERSPOLITIK Die Seniorenarbeit im Tal ist neu aufgestellt, agiert bislang aber trotz grosser Herausforderungen vorwiegend punktuell. Der Ball liege bei der höheren politischen Ebene, heisst es vor Ort – und man mache aus der Situation das Beste.

JULIAN ZAHND

Die Schweiz debattiert derzeit über die Zukunft der AHV. Die finanzielle Absicherung ist ein wichtiges Kriterium, damit Menschen «in Würde altern können», wie dies die InitiantInnen fordern. Es ist aber bei weitem nicht das einzige, denn SeniorInnen brauchen mehr als nur Geld: Sie benötigen eine solide Gesundheitsversorgung, Beratungs- und Freizeitangebote, genügend Pflegepersonal und -einrichtungen, eine altersfreundliche Umgebung. Diese ganze Palette anzubieten, ist eine Mammutaufgabe für die Politik, denn SeniorInnen gibt es immer mehr. Bis 2050 rechnet der Kanton mit einer Verdoppelung der RentnerInnen.

Die Herausforderungen sind hinlänglich bekannt. Im beinahe 100-seitigen Bericht «Alterspolitik im Kanton Bern» sind sie detailliert aufgelistet und auch Massnahmen, die sich anboten, um die Zukunft zu stemmen. Der Bericht geht ins Jahr 2016 zurück und ist daher so betagt, dass ein Kantonsparlamentarier letztes Jahr via Motion eine Überarbeitung forderte. Der Regierungsrat will dem Auftrag nachkommen – kleiner dürften die Herausforderungen im neuen Bericht aber nicht werden.

Was sind die Aufgaben einer Region?

Für viele Handlungsfelder ist der Kanton verantwortlich. Doch auch die Regionen und Gemeinden sind in der Pflicht: Sie müssen beispielsweise die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung aufspüren und an die höhere politische Ebene weiterleiten. Sie sorgen letztlich dafür, dass sich ältere Menschen nicht alleine fühlen, indem sie ihnen Gehör schenken,

ihnen ein möglichst bequemes Umfeld schaffen und sie auf bestehende Angebote aufmerksam machen.

Die Altersarbeit im Frutigland ist seit einiger Zeit neu aufgestellt. Die «Kommission Senioren Frutigland» folgte 2021 auf die Alterskonferenz und ist Teil der Planungsregion Kandertal. Das Gremium besteht aus Gemeinderäten, Vertretern des Gesundheitswesens, der Kirche und von Altersinstitutionen. Seit Anfang 2023 existiert zudem eine Geschäftsstelle, die dem regionalen Sozialdienst angegliedert ist. Im kürzlich veröffentlichten Jahresbericht sind ihre Tätigkeiten grob umrissen. Derzeit wird in erster Linie das Altersleitbild für die Region überarbeitet, das eine Auslegung der örtlichen Bedürfnisse vornimmt. Zudem organisierte die Geschäftsstelle Senioren Frutigland im vergangenen Jahr zusammen mit der Jugendarbeit etwa Austauschprogramme zwischen Jugendlichen und Senioren («Technikhilfe») und beteiligte sich an der Durchführung von Informationskursen.

Bestehendes vernetzen statt Neues entwickeln

«Senioren Frutigland» agiert damit zumindest nach aussen hin vorerst punktuell. Reicht das, um den demografischen Herausforderungen zu begegnen? Beat Santschi ist Geschäftsleiter der Stiftung Lohner Adelboden und präsidiert die Kommission Senioren Frutigland. Seine Antwort besteht aus zwei Teilen:

- Es sei nicht das Ziel von «Senioren Frutigland», das Rad neu zu erfinden. «Es existieren bereits etliche Angebote, für die verschiedene Institutionen verantwortlich sind, und die gut funktionieren. Es wäre nicht effizient, diese bestehenden Angebote zu konkurrenzieren.» Santschi denkt beispielsweise an die Anlaufstelle «beocare», die Angehörige von Pflegebedürftigen unterstützt. Pro Senectute Frutigland steht SeniorInnen

derzeit beratend zur Seite und Teile des kirchlichen Angebots sind speziell auf SeniorInnen zugeschnitten. «Die Aufgabe von Senioren Frutigland besteht nun darin, das Bestehende zu festigen, die Akteure miteinander zu vernetzen und die Angebote bekannt zu machen.» Senioren Frutigland solle dabei «zur zentralen Kompetenzstelle» für ältere Menschen werden.

- Dass es aufgrund der älter werdenden Bevölkerung nicht reichen wird, den Status quo zu festigen, weiss aber auch Beat Santschi. Zudem sei man bislang vorwiegend auf der «Mikroebene» tätig und plane noch nicht allzu langfristig. Es fehle eine überregionale Entwicklungsstrategie, die zunächst von Bund und Kanton ausgearbeitet werden müsse. «Diese ist beim Kanton mittels der Gesundheitsstrategie 2020–2030 zwar in Arbeit, aber auf der operativen Ebene der Gemeinde noch nicht spürbar. Somit sind wir der Auffassung, dass es schlicht unmöglich ist, auf der Gemeindeebene eine Gesamtstrategie zu erarbeiten, welche die längerfristige demografische Entwicklung mit einbezieht», so Santschi.

Welche Wohnformen braucht das Tal?

Der Handlungsspielraum von Regionen und Gemeinden sei also eingeschränkt. Für die Zukunft brauche es zusätzlich zu den bisherigen bekannten Wohnformen (zu Hause oder im Altersheim) auch Lösungen wie das Wohnen mit Dienstleistungen. Bei einer solchen Wohnform könnten neben den Pflegeleistungen, welche über die Krankenkasse finanziert werden, zusätzliche Dienstleistungen im Bereich der Hauswirtschaft eingekauft werden. «Allerdings besteht bis heute für solche zusätzlichen Dienstleistungen kein einheitliches Finanzierungsmodell», so Santschi. Fehlten die eigenen Ressourcen oder die Unterstützung aus dem persönlichen Umfeld, könnten sich

viele hilfsbedürftige Menschen das Leben zu Hause nicht mehr leisten und müssten ins Altersheim wechseln. Sein Fazit: «Für die grossflächige Planung von Wohnformen für SeniorInnen ist auf jeden Fall darauf zu achten, dass diese auch finanziert werden können. Ein einheitliches Modell wäre dringend notwendig.»

Gesucht: Hilfe aus der Mitte der Gesellschaft

Offensichtlich sind auch die personellen Ressourcen in der Altersarbeit begrenzt: Die Geschäftsstelle umfasst derzeit eine 20-Prozent-Stelle, an einem Tag pro Woche löst man all die anstehenden Aufgaben nicht.

Umso wichtiger scheint unter diesen Voraussetzungen ein Bereich, auf den auch der Kanton in seinem Altersbericht eingeht. Die sich sorgende Gesellschaft («Caring Community»), die auf unentgeltlicher Freiwilligenarbeit beruht. Im Tal seien zahlreiche Freiwillige für verschiedene Organisationen im Einsatz, sagt Beat Santschi. Wie viele es genau sind, weiss er nicht, wohl aber, dass es künftig noch mehr von ihnen braucht. Man fokussiere in diesem Bereich auf das bereits bestehende Angebot «Senioren für Senioren» und versuche, die Bevölkerung dafür zu sensibilisieren.

Doch auch die Rekrutierung einer solchen «Care-Miliz» ist kein leichtes Unterfangen, wie der Kanton bereits 2016 feststellte. In seinem Bericht zitiert er eine Studie, wonach die Bereitschaft für Freiwilligeneinsätze mit zunehmender Bildung abnehme. Da das Bildungsniveau in der Schweiz stetig steige, sei daher mit einem leichten Abwärtstrend zu rechnen.

Es ist keine leichte Aufgabe, die in den nächsten Jahren auf die Bevölkerung zukommt, aber eine, die gelöst werden muss. Der demografische Wandel ist Tatsache. Und er interessiert sich nicht für politische Prozesse – auch wenn sie noch so komplex sind.



Welche Bedürfnisse im Alltag haben SeniorInnen, welche Gesundheitsversorgung brauchen sie und wer ist für ihre Begleitung zuständig? Die Alterspolitik ist keine kompakte Materie, sondern ein vielschichtiges Gebilde, bei dem zahlreiche Akteure mitwirken. Der «Frutigländer» publiziert in loser Folge Artikel, in denen er einzelne Aspekte des Themas vertieft.